

„Europäisches Regieren“

Die Europäische Union steht in diesen Tagen vielen Herausforderungen gegenüber - Herausforderungen, die es früher in dieser Form nicht gegeben hat: Ob Finanz- und Wirtschaftskrise, Jugendarbeitslosigkeit oder die außenpolitischen Spannungen in der europäischen Nachbarschaft. Gleichzeitig trägt die EU heute eine größere Verantwortung, spielt global eine wichtigere Rolle und ist ihren Bürgern größere Rechenschaft schuldig als jemals zuvor seit ihrer Geburtsstunde als EGKS im Jahre 1952. Diesen Herausforderungen muss sich die EU anpassen. Sie muss in großen Fragen Größe und Ehrgeiz zeigen und darf sich nicht mehr in Details verlieren.

Die EU muss ihr ganzes Augenmerk auf die großen politischen Fragen Europas richten: Wiedereingliederung von Menschen in den Arbeitsmarkt zu annehmbaren Bedingungen, Ankurbelung der Investitionstätigkeit, Verbesserung der Kreditversorgung der Realwirtschaft, Schaffung eines vernetzten digitalen Binnenmarkts, eine verlässliche Außenpolitik und die Gewährleistung, dass Europa in Puncto Energieversorgungssicherheit auf eigenen Füßen steht. Das erfordert politische und institutionelle Reformen, weshalb die neue Kommissionsstruktur unter dem Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker genau zur richtigen Zeit kommt.

Politischer, effektiver und transparenter soll die europäische Regierung werden. Eine klare Kommissionsstruktur und transparente Entscheidungsmechanismen sind dafür die wichtigsten Voraussetzungen. Erst wenn die Bürger besser verstehen, wer, was und wie entscheidet, wird die EU in der Öffentlichkeit viel positiver wahrgenommen und damit in den Augen der Bürger legitimer. Eine positive Entwicklung in dieser Hinsicht ist die Wahl des Kommissionspräsidenten durch das Europäische Parlament auf Grundlage der direkten Europawahl und die vertragliche Verpflichtung des Europäischen Rates, sich an das Wahlergebnis zu halten. Zum ersten Mal gab es auch einen öffentlichen Wahlkampf der Spitzenkandidaten für das Amt des Kommissionspräsidenten - eine echte Sternstunde des europäischen Parlamentarismus! Darauf muss aufgebaut werden, um Bürgerwillen und Transparenz in der EU stärker durchzusetzen.

Mit 18 ehemaligen Ministern und Premierministern verspricht die Kommission außerdem politischer und hierdurch auch schlagkräftiger zu werden. Das ist auch wichtig, um die Gemeinschaftsmethode der EU gegenüber dem Intergouvernementalismus zu stärken. Auch soll die neue Kommission erstmals in Cluster eingeteilt werden, bei welchen einer von sieben Vizepräsidenten der Kommission für ein bestimmtes Kernthema wie Energieunion, Wachstum, Euro-Zone, Digitales und Außenpolitik zuständig ist, dem dann mehrere Kommissare angehören und deren Bereiche in das jeweilige Cluster fallen. Das Clustersystem bedeutet vor allem eines: Effektivität und bessere Koordination. Denn die Kommissare eines Aufgabenfeldes können als Projektteam verstanden werden, deren Portfolios die politischen Leitlinien der Kommission widerspiegeln. Innerhalb derer arbeiten sie dem Vizepräsidenten zu, um definierte Projekte voran zu treiben.

Diese Hierarchiestruktur wird der Kommission mehr Handlungsfähigkeit verleihen. Neben den Vizepräsidenten wird Kommissionspräsident auch einen ersten Stellvertreter haben, nämlich den bisherigen Außenminister der Niederlande Frans Timmermans, der ein Vetorecht gegen alle Gesetzgebungsvorlagen der Kommissare hat. Mit seinem im letzten Jahr veröffentlichten Papier zur besseren "Governance" hat Timmermans im Übrigen eine gute Grundlage geschaffen, um künftig als Kommissar für bessere Rechtsetzung vereinfachtere Strukturen in der EU zu schaffen und damit den Bürokratieabbau in der EU voranzutreiben. Er soll künftig sicherstellen, dass jeder Kommissionsvorschlag wirklich erforderlich und nur auf Ziele ausgerichtet ist, die nicht durch die Mitgliedstaaten besser erreicht werden könnten. So soll auch der Bürokratisierung und Regelungswut Einheit geboten werden. In den kommenden fünf Jahren geht es weniger darum, neue Regeln und Gesetze zu formulieren, als vielmehr das Vorhandene umzusetzen. Jean-Claude Juncker hat eine dezidiert konstitutionelle Agenda ohne große Vertragsreform. Er wird versuchen, die Verfassungswirklichkeit der EU weiter zu entwickeln und die EU zu parlamentarisieren, ohne eine große Debatte über grundsätzliche Verfassungsfragen loszutreten. Mit der neuen Struktur trat die Kommission in eine neue Phase ein, die den wachsenden Zuständigkeiten und Herausforderungen der EU Rechnung trägt.

Der künftige Kommissionschef Jean-Claude Juncker machte bei der Verteilung der Portfolios auf die Kommissare übrigens klar, dass einzelne nationale Interessen in der Kommission nichts zu suchen haben. Kommissare sollen eben keine Interessenvertreter ihrer Heimatländer, sondern allen Mitgliedsländern gleich verpflichtet sein.

Autor:

Elmar Brok ist seit 1980 Mitglied des Europäischen Parlaments. Er ist Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses (AFET) und Außenpolitischer Sprecher der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament. Elmar Brok ist Mitglied im Ausschuss für konstitutionelle Fragen (AFCO), Mitglied der Konferenz der Ausschussvorsitzenden (CPCO), der Delegation für die Beziehungen zu Indien (D-IN), Stellv. Mitglied

im Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten (EMPL) sowie der Delegation für die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten (D-US). Zudem ist Elmar Brok Ehrenpräsident der Europa-Union Deutschland (EUD) und Präsident der Union Europäischer Föderalisten.

Kontakt: elmar.brok@europarl.europa.eu

Weitere Informationen unter: www.elmarbrok.de

Redaktion:

BBE Europa-Nachrichten – Newsletter für Engagement und Partizipation in Europa

Bundenetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

- Geschäftsstelle -

Michaelkirchstr. 17-18

10179 Berlin-Mitte

+49 (0) 30 6 29 80-11 4

europa-bbe(at)b-b-e.de

www.b-b-e.de